

Schwabmünchner Allgemeine

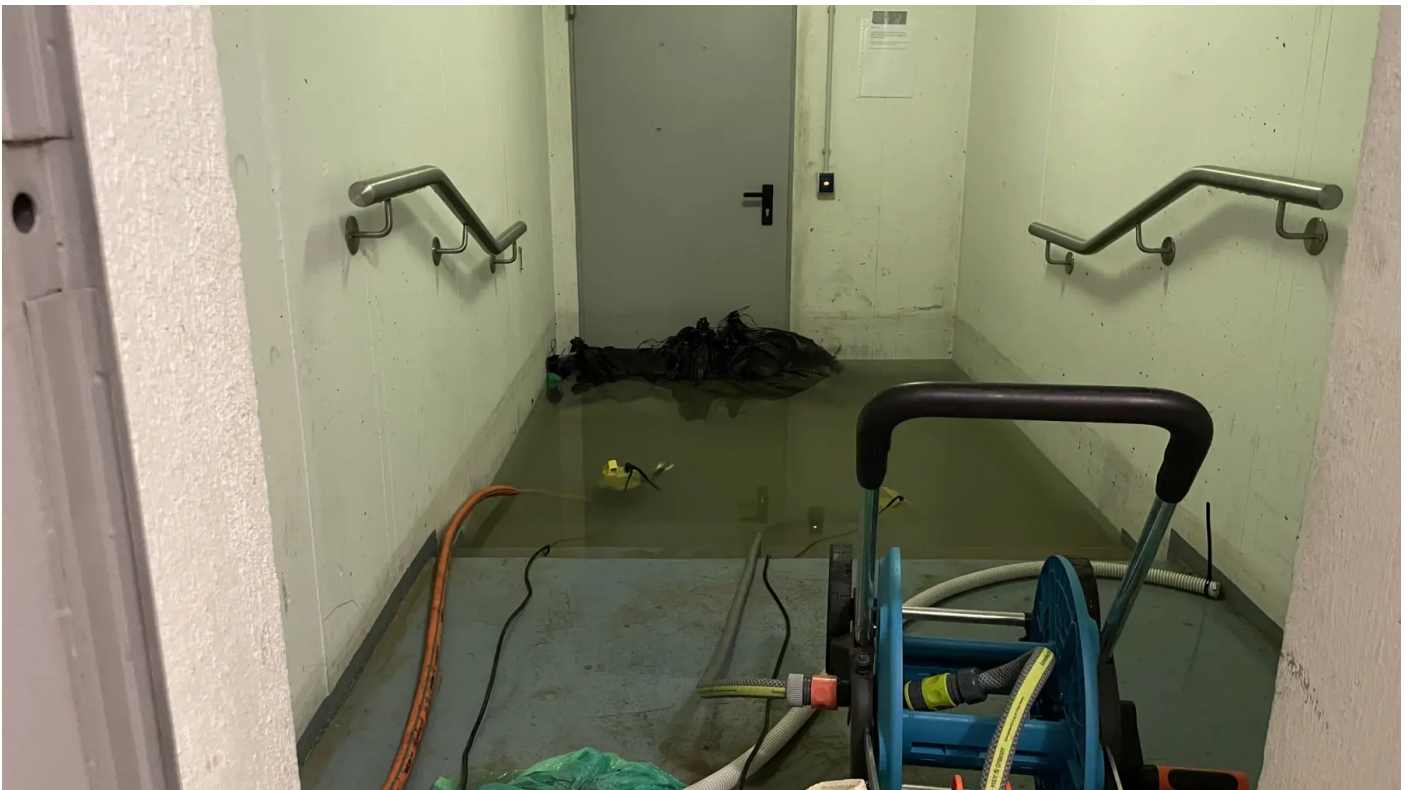
Startseite > Schwabmünchen > Königsbrunn > "Fakten statt Befürchtungen": Grundwasser

KÖNIGSBRUNN

"Fakten statt Befürchtungen": Grundwasser-Problem soll nicht verlagert werden

Königsbrunner Petition zum Grundwasser will verhindern, dass falscher Eindruck der Ziele entsteht. „Grundwasser kennt keine Gemeindegrenzen“, heißt es in einer Mitteilung.

01.07.26 - aktualisiert: 01.07.26, 18:59 Uhr



Immer wieder steht Wasser in Königsbrunner Kellern, wie hier im Jahr 2024. Eine Petition möchte das ändern und fordert dafür Transparenz und Zusammenarbeit.

Foto: Marco Keitel (Archivbild)

Andreas Lenart möchte klarstellen, welche Ziele seine Petition verfolgt. Fast 1000 Menschen unterschrieben unter dem Titel „Geschädigte Königsbrunner Bürger fordern Stadt Königsbrunn auf Lösungen gegen das Grundhochwasserproblem zu finden!“ Vielen von ihnen hatten 2024 Grundwasser in ihren Kellern. Anlass für die

jüngste Pressemitteilung der Petition ist ein CSU-Bürgergespräch in Haunstetten und die Berichterstattung dazu. Einige Teilnehmer befürchteten, eine Entlastung für Königsbrunn beim Grundwasser könnte zur Belastung für Haunstetten werden.



Andreas Lenart präsentierte vergangenes Jahr bei der Übergabe Daten zur Petition.

Foto: Hermann Schmid (Archivbild)

Lenart widerspricht dieser Befürchtung: Es gehe um „Fakten statt Befürchtungen“. Die Petition setze auf sachliche Diskussion. Ziel sei, „mit der Stadt Königsbrunn, Wasserwirtschaftsbehörden und Bayerischer Staatsregierung Ursachen wissenschaftlich weiter zu untersuchen und nachhaltige Lösungen zu entwickeln. Grundwasser kennt keine Gemeindegrenzen.“

Das erwartet die Petition von der Stadt Königsbrunn und anderen Entscheidern

Von der Stadt erwartet er, das Anliegen bei Fachbehörden und Staatsregierung zu vertreten. „Die Petition fordert keine vorschnellen Einzelmaßnahmen, sondern die unabhängige Prüfung aller Ursachen und Lösungen: Lech-Staustufen, historische Quellen- und Grabensysteme, Grundwasserneubildung, Nasskiesabbau, Veränderungen im tertiären Grundwasser, Grundwasserqualität durch Industrie und Landwirtschaft, mögliche Einflüsse alter Trinkwasserleitungen sowie weitere hydrologische Zusammenhänge.“

Bei der Übergabe der Petition habe Bürgermeister Franz Feigl erklärt, die Stadt kenne die Problematik, habe aber nur begrenzte Möglichkeiten, große Wassermengen abzuleiten. „Die Petition fordert Transparenz und vertrauensvolle Zusammenarbeit: frühe Einbindung in Gespräche, Planungen, Gutachten und Lösungsansätze sowie regelmäßige Bürgerinformation.“ Hier ist laut der Mitteilung noch Luft nach oben.

Dieses Missverständnis gab es in Königsbrunn beim Thema Grundwasser

Die Initiatoren der Petition sind laut Mitteilung davon ausgegangen, dass die Stadt das Anliegen an Fachbehörden und Bayerischen Landtag herantrage. „Die Stadt ordnet es als Bürgerantrag ein und sieht keine Veranlassung, die Petition selbst weiterzuleiten.“ Die Petitionsgemeinschaft nehme dies zur Kenntnis, halte aber daran fest, dass das Problem wegen überörtlicher wasserwirtschaftlicher Zusammenhänge auch durch Fachbehörden und Staatsregierung behandelt werden müsse.

Lenart betont: Die Petition fordere weder eine Verlagerung auf Nachbarkommunen noch Baumaßnahmen ohne fachliche Prüfung oder Schuldzuweisungen gegenüber Behörden und politischen Entscheidungsträgern. Sie richte sich nicht gegen die Stadt Königsbrunn. „Sie ist ein konstruktives Angebot zur Zusammenarbeit.“ (AZ)